

## Krieg in der Ukraine

### Position des Bremer entwicklungspolitischen Netzwerks e.V.

Wir verurteilen den völkerrechtswidrigen Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine ohne jegliche Einschränkung. Russland bringt durch seine militärische Eskalation unnötiges Leid über die Menschen in der Ukraine und schafft neue sicherheitspolitische Unsicherheiten auf der ganzen Welt. Die Zahl der Toten und Verletzten schwankt je nach Quelle stark, aber bereits jetzt sprechen wir laut UN-Angaben von tausenden Opfern und täglich werden es mehr. Hinzu kommen mehrere Millionen Vertriebene, die entweder innerhalb der Ukraine flüchten oder sich außer Landes begeben. Unsere Solidarität gilt den Menschen, die Angehörige verloren, furchtbare Angst um ihr Leben, das Leben ihrer Familie, Bekannten und Nachbar\*innen und um die Zukunft ihres Landes haben. Zugleich gilt sie denen, die sich innerhalb Russlands gegen den Krieg stellen und sich dadurch Repressalien ausgesetzt sehen.

Ein Krieg, der in der Nachbarschaft Deutschlands stattfindet, hat auch direkte Konsequenzen nicht nur auf Bundes-, sondern auch auf Landesebene und damit auch für Bremen. 4.200 ukrainische Geflüchtete sind bereits in Bremen registriert<sup>1</sup>, hinzu kommt eine vermutlich hohe Dunkelziffer. Deutschland versucht, wie viele andere Länder, dem Konflikt mit Sanktionen und militärischer Aufrüstung zu begegnen. Über den neuen Haushalt wird aktuell im Bundestag diskutiert, klar ist aber auch, dass er Bremer Bürger\*innen auf lange Sicht finanziell stark belasten wird.

Die neue Realität in Bremen, Deutschland und der Welt bringt einige Herausforderungen mit sich. Entscheidungen sind dieser Tage nicht leicht zu treffen, sie sollten daher wohlüberlegt und begründet sein. Das Ausnutzen der momentanen Lage, um weitreichende politische, militärische und fiskalische Ziele – ohne breite Debatte – zu verfolgen, verbietet sich in einer parlamentarischen Demokratie. Entscheidend für alle Handlungen sollte sein: Eine weitere Eskalation gilt es mit allen Mitteln zu verhindern.

#### **I. Die Aufrüstungsspirale nicht mitgehen!**

Eine Erhöhung des Verteidigungshaushaltes und die Schaffung eines Sonderetats von 100 Milliarden Euro für die Bundeswehr lehnen wir ab. Bei einer Erhöhung des Verteidigungsetats auf 2% des BIP wird Deutschland auf Platz 3 der Länder mit den höchsten Militärausgaben aufrücken. Produzent\*innen militärischer Ausrüstung in Bremen werden von den aktuellen Entwicklungen profitieren. Zur schnellstmöglichen Beendigung des Krieges in der Ukraine trägt dies jedoch nicht bei. Und auch für die Zukunft beseitigen Waffen keine sozialen, politischen sowie kulturellen und historisch gewachsenen Probleme. Sicherheit sowie soziale Gerechtigkeit für alle ist mit kriegerischen Mitteln nicht zu erreichen.

Die Erhöhung des Militärhaushalts lehnen wir deshalb entschieden ab, das Geld ließe sich an anderer Stelle weit sinnvoller investieren. So zum Beispiel in soziale, ökologische und kulturelle Projekte, die den Zusammenhalt unserer Gesellschaft stärken, klimapolitische Folgen abfedern und zu langfristigem Frieden beitragen können. Auch wenn für viele in der derzeitigen Situation Investitionen in das Militär sinnvoll erscheinen, darf man nicht vergessen, dass erhöhte Investitionen eines Landes im Gegenzug zu erhöhten Investitionen in einem anderen Land führen. Deutschland, als wirtschaftliches Schwergewicht, tat bisher gut daran sich dieser Logik zu entziehen. Dass nun selbst Deutschland, und dann gleich derart dramatisch, seine Ausgaben erhöht und diese Tendenzen in der gesamten NATO zu beobachten sind, wird wohl zu Reaktionen auch außerhalb der NATO führen und die Welt nicht sicherer, sondern unsicherer machen. Aufrüstung zu Defensivzwecken trägt – trotz des Grundgedankens der

---

<sup>1</sup> Stand: 20.03.2022

Verteidigung – zur Zementierung militärischer Konflikte bei und schafft keinen langfristigen Frieden. Anstatt sich aber der weltweiten Aufrüstungsspirale entgegenzustellen und auf (nukleare) Abrüstung zu beharren, schafft Deutschland nun die Basis selbst aktiv am weltweiten Rüstungswettlauf mitzuwirken.

**Daher fordern wir:**

- Sollten die Verteidigungsausgaben steigen – was wir grundsätzlich ablehnen – müssen die Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit, wie laut Koalitionsvertrag vereinbart, im selben Umfang erhöht werden.
- Bremer Bundestagsabgeordnete und Vertreter\*innen des Bundesrates sollten in den Beratungen zum neuen Haushaltsplan darauf drängen, dass diese Kopplung eingehalten wird. Dass Bremen Produzent\*innen militärischer Ausrüstung beherbergt, sollte nicht dazu führen, dass Bremer Vertreter\*innen höhere Ausgaben für Rüstung unterstützen.
- Auf mittlere und lange Sicht schützen Waffen die Menschen nicht, die Wahrung der Menschenrechte und zivile Sicherheitspolitik tun dies jedoch. Daher müssen Ressourcen für zivile Konfliktprävention und –intervention gestärkt werden, anstatt nur auf militärische Mittel zu setzen.
- Der Fokus muss auf dem Ausbau erneuerbarer Energiequellen liegen, anstatt nur die Quellen von Öl- und Gasbezügen zu verlagern. Eine Abkehr von fossilen Energiequellen aus Russland ist zwar zu begrüßen, allerdings nur den Lieferanten zu wechseln macht aus klimapolitischer Sicht keinen Sinn. Auch hat sich durch die Angriffe auf ukrainische Atomkraftwerke erneut gezeigt, dass Atomstrom weder sicher noch ökologisch ist. Dass jetzt Diskussionen aufkommen, abgeschaltete Atomkraftwerke wieder hochzufahren, verfehlt das Ziel einer nachhaltigen und menschenwürdigen Energiepolitik.
- Vermehrt ist zu beobachten, dass Emotionen und Feindbilddenken die Diskussionen im Ukraine-Konflikt bestimmen. Eine Generalverurteilung des russischen Volkes und russischstämmiger Menschen in Deutschland entzweit die Gesellschaft und führt zu neuen Konflikten. Zivilgesellschaftlichen Organisationen sollten dabei unterstützt werden friedensstiftende Bildungsmaßnahmen durchzuführen, um konfrontatives und stereotypes Feindbilddenken abzubauen.

**II. Andere Krisen und Kriege nicht vergessen!**

Seit dem Überfall der russischen Armee auf die Ukraine dominieren Berichte, Bilder und Bewertungen der Geschehnisse in der Ukraine unsere Medien. Auch Akteur\*innen, die sich bis dato kaum mit osteuropäischen Konflikten, Menschenrechtsverletzungen oder Ähnlichem befassten, positionieren und äußern sich. Es ist richtig und wichtig, den Kriegsverbrechen Aufmerksamkeit sowie Protest und Widerstand zu zollen. Ebenso wie Solidarität zu zeigen, mit den Menschen, die fliehen müssen, die bleiben müssen und die Angehörige verloren haben. Dieses Zeichen ist wichtig, sowohl von politischer wie von zivilgesellschaftlicher Ebene.

Wer dabei jedoch nicht vergessen werden sollte, sind die Menschen, die bereits vor dem 24. Februar 2022 und auch nach Beilegung dieses Konfliktes unter kriegerischen Auseinandersetzungen, Hungersnöten, Umweltkatastrophen oder wirtschaftlicher Ausbeutung leben müssen. Tagtäglich werden gewaltsame Kriege geführt und Menschen müssen um ihr Leben fürchten. Häufig tauchen die Betroffenen jedoch nur kurzzeitig oder gar nicht in der Berichterstattung auf. Durch den Fokus auf die Lage in der Ukraine dürfen politische und humanitäre Krisen in anderen Ländern nicht (noch weiter) aus dem Blick verloren werden.

**Daher fordern wir:**

- Finanzielle Mittel, die nun für die Menschen in der Ukraine zur Verfügung gestellt werden, dürfen nicht zu Lasten der humanitären Hilfe und Entwicklungszusammenarbeit in anderen Ländern fallen. Dabei sollten wir die Auswirkungen des Konfliktes auf andere Krisenregionen – beispielsweise durch die steigenden Lebensmittelpreise – nicht vernachlässigen.
- Während jahrelang in Bereichen wie Bildung und Pflege gespart wurde, werden jetzt immense Summen für militärische Güter freigegeben. Die Verwendung von Steuergeldern für militärische Zwecke darf nicht zur Folge haben, dass noch weniger in bereits unterfinanzierte Bereiche investiert wird, denn Deutschland hat sich zur Umsetzung der 17 Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDG) verpflichtet.
- Alle Schutzsuchenden sollten gleichermaßen gemäß rechtlicher Grundlagen wie der Genfer Flüchtlingskonvention behandelt werden. Eine bereitwillige Aufnahme der Flüchtenden aus der Ukraine von Seiten der Bundesregierung und der Bremer Landesregierung ist zu begrüßen. Dabei dürfen wir aber nicht vergessen, dass gleichermaßen Schutzsuchende an anderen europäischen Grenzen völkerrechtswidrig noch immer abgewiesen werden, auf dem Mittelmeer ertrinken oder an innereuropäischen Grenzen sterben. Die unbürokratische, schnelle und solidarische Aufnahme ukrainischer Geflüchteter muss Grundlage für alle Menschen auf der Flucht werden, die Schutz in Deutschland suchen. Wir fordern die Schutzgewährung für alle, die Schutz suchen. Dezentrale Unterbringungen, gesellschaftliche Teilhabe und diskriminierungsfreie Verfahren müssen alle Geflüchteten von Beginn an erfahren.
- Wir fordern eine Aufnahme aller Kriegsdienstverweiger\*innen. Ganz gleich, welcher Nationalität sie angehören. Niemand sollte zum Kriegsdienst und gewaltsamen Handlungen gezwungen werden.
- Bremer Unternehmen sind stark in der Rüstungsindustrie engagiert und militärische Güter werden über Bremer Häfen verschifft. Wir fordern eine breite Debatte über den Verkauf von Rüstungsgütern in unserem Bundesland (und ganz Deutschland). Denn durch diesen Industriezweig trägt Deutschland kontinuierlich zu gewaltsamen Konflikten und Menschenrechtsverletzungen bei.

**Das BeN**

Das Bremer entwicklungspolitische Netzwerk (BeN) ist das Netzwerk entwicklungspolitischer Initiativen, Vereine und Gruppen auf Bremer Landesebene und vertritt über 30 entwicklungspolitische Gruppen. Es dient der gemeinsamen Koordination nach innen und der zentralen Interessenvertretung nach außen.

Ziel des BeN ist es auf Landesebene die Zusammenarbeit der Gruppen in der entwicklungspolitischen Öffentlichkeits- und Informationsarbeit zu fördern und zu verbessern. Entwicklungspolitik ist nicht nur die klassische Entwicklungsarbeit im Globalen Süden. Entwicklung ist auch hier notwendig - muss überall stattfinden. Das BeN will dazu mit entwicklungspolitischen Aktivitäten und Bildungsarbeit im Lande Bremen beitragen.